

Preußen

Verteufelt, verboten, verdrängt

von Helmut Kamphausen

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, nach dem tiefen Sturz von 1806, war Preußen, trotz der Niederlage im Krieg gegen Napoleon I., der modernste Staat der Welt. Nur so ist es erklärlich, daß so viele begabte Nichtpreußen dorthin gingen und ihre Dienste anboten. Der große Preußenkenner und bewunderer, Professor Hans Joachim Schoeps, hat in seinem Buch "Preußen Geschichte eines Staates" zu der Zeit der aufkeimenden Reformen geschrieben: "Der Weg von Jena und Auerstedt nach Leipzig und Belle Alliance wäre ohne die Reformer des preußischen Staates nicht möglich gewesen. Das Zeitalter der Reformen begann mit einer geistigen Rechenschaftsablegung über die tieferen Ursachen, die zu der Katastrophe von 1806 geführt haben." Fast alle Reformer zur Zeit der Freiheitskriege kamen aus anderen deutschen Ländern. Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein stammte aus Nassau, der die Steinschen Reformen fortsetzende Staatsminister Karl August Fürst von Hardenberg war, wie auch General Gerhard von Scharnhorst, Hannoveraner. August Graf Neithardt von Gneisenau, einer der begabtesten Strategen der damaligen Zeit, stammt aus Würzburg. Sie alle strebten eine Aufgabe in Preußen an und wurden Preußen aus Überzeugung. Es war jenes Preußen, das im Deutschland des 19. Jahrhunderts eine Blüte von Kunst und Wissenschaft hervorbrachte. Welch glänzende geistige Welt repräsentierte es: Arndt, Fichte, Kant, Clausewitz, die Gebrüder Humboldt, Ranke, Schleiermacher und später Hegel, Schinkel, Herder, Schadow, Rauch, Brentano, Tieck, E. T. A. Hoffmann, Kleist, Freytag, Fontane, Menzel. Sie prägten nicht nur Preußen, sie gaben ihrem Jahrhundert ein Gesicht.

Begonnen hatte alles aber mit den Reformen, die vor 190 Jahren durch den Reichsfreiherrn vom Stein eingeleitet wurden. Unmittelbar nach der Niederlage von Jena und Auerstedt und dem darauffolgenden Friedensschluß von Tilsit am 9. Juli 1807 begann Scharnhorst das durch das Diktat Napoleons stark verkleinerte Heer zu reformieren. Er schuf eine völlig neue Wehrverfassung. So führte er die allgemeine Wehrpflicht ein, die jeden Preußen zum geborenen Verteidiger seines Vaterlandes erklärte. Das war natürlich nur möglich, indem man die in allen damaligen Heeren übliche, entehrende Prügelstrafe abschaffte. In der Armee der Vereinigten Staaten wurde noch bis 1861 geprügelt, in England noch 1880, in der englischen Militärjustiz sogar noch bis 1907. Durch diese Maßnahme, die trotz schwerer Bedenken vom König mitgetragen wurde, war es dem preußischen General möglich, den Grundstock für eine preußische Armee zu schaffen, die nur fünf Jahre später in der Lage war, entscheidend bei der Niederringung des korsischen Usurpators mitzuwirken.

Dies war ein großer Erfolg. Das Entscheidende aber war die zeitliche Reform des zivilen Zusammenlebens der Menschen in Preußen. Heute würden wir das, was von dem Minister vom Stein angestoßen und vom Staatskanzler von Hardenberg dann durchgeführt wurde, als eine grundsätzliche Veränderung des gesellschaftspolitischen Systems bezeichnen. Das, was damals vor 190 Jahren in Berlin staatsrechtlich festgeschrieben wurde, war der Beginn einer aktiven Mitwirkung der Bevölkerung am Staatsleben.

Es fing mit der Bauernbefreiung an und führte über die Gleichstellung von Adel und Bürgertum im Recht auf Landbesitz (1807), die Selbstverwaltung der Städte (1808), die Öffnung des Offizierskorps für Bürgerliche, die Gewerbefreiheit (1811), die bürgerliche Gleichstellung der Juden (1812) und schließlich die Einführung der Wehrpflicht zu einer

völligen Veränderung der Struktur des Zusammenlebens der Stände und damit der Menschen im Staat.

Zu den oben bereits angeführten grundsätzlichen Änderungen kamen überdies Umwälzungen in der Behördenorganisation. Vom Stein löste das alte Generaldirektorium ab. An seine Stelle setzte er am Tage seiner von Napoleon verlangten Entlassung per Organisationsedikt vom 24. November 1808 ein kollegiales Staatsministerium mit fünf Ressortministern (Äußeres, Inneres, Krieg, Finanzen, Justiz). Aus den "Geheimen Räten" des Großen Kurfürsten waren nun verantwortliche Minister geworden deren Zuständigkeiten deutlich voneinander abgegrenzt waren. Alle Minister hatten das Recht zu regelmäßigem Vortrag vor dem König und zeichneten auch die königlichen Erlasse und Gesetze gegen. Die Kriegs und Domänenkammern wurden 1808 durch die Provinzialregierungen ersetzt.

Der Königsberger Polizeidirektor J. G. Frey hatte währenddessen den Entwurf einer neuen Städteordnung ausgearbeitet. Allen städtischen Gemeinden wurde hierdurch die politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung zugestanden, womit der Gemeinsinn in den Kommunen belebt wurde. Preußen, das damals nahezu ein reines Agrarland war, verfügte 1808 über 18 "Großstädte" mit mehr als 20.000 Einwohnern. Hier lebten nur ungefähr sechs Prozent der gesamten Bevölkerung. Dazu kamen noch Mittelstädte mit einer Einwohnerschaft zwischen 6.000 und 20.000, die zusammen noch einmal etwa sieben Prozent der Bevölkerung Preußens beherbergten. Das bedeutet, daß im Jahre 1808 nur 13 Prozent aller Preußen in einer "größeren" Stadt lebten.

Nach dem Abgang vom Steins wurde im Juni 1810 Karl August von Hardenberg zum Staatskanzler in Preußen ernannt. Er setzte die unter vom Stein eingeleiteten Reformen konsequent fort. Hardenberg leitete seine Reformgesetze mit dem Königlichen Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 ein. Hierbei hob er die ständische Verschiedenheit hinsichtlich der Besteuerung auf und führte für alle Bevölkerungsklassen die gleichen Steuergrundsätze ein. Die finanzielle Lage des Staates wurde dadurch auf eine andere, solidere Grundlage gestellt.

Was heute, bedingt durch die Verfolgung der Juden durch das NSSystem, verdrängt wird, ist die Tatsache, daß Preußen im Rahmen der Reformen am Anfang des vorigen Jahrhunderts die Emanzipation der Juden in Preußen als erster Staat in Europa nach dem revolutionären Frankreich gesetzlich festlegte. Im *"Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den Preussischen Staaten, vom 11ten März 1812"* heißt es in der Präambel: *"Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw. haben beschlossen, den jüdischen Glaubensgenossen in Unserer Monarchie eine neue, der allgemeinen Wohlfahrt angemessene Verfassung zu ertheilen, erklären alle bisherige, durch das gegenwärtige Edikt nicht bestätigten Gesetze und Vorschriften für die Juden für aufgehoben und verordnen wie folgt: § 1. Die in unseren Staaten jetzt wohnhaften, mit GeneralPrivilegien, Naturalisationspatenten, Schatzbriefen und Konzessionen versehenen Juden und deren Familien sind für Einländer und Preussische Staatsbürger zu achten."* Und weiter heißt es im Paragraph 7: *"Für die Einländer zu achtende Juden hingegen sollen, insofern diese Verordnung nichts abweichendes enthält, gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen."* Und weiter heißt es im Paragraph 8: *"Sie können daher akademische Lehr und Schul auch GemeindeÄmter, zu welchen sie sich geschickt gemacht haben, verwalten."* Und schließlich sagt der Paragraph 11: *"Sie können Grundstücke jeder Art, gleich den christlichen Einwohnern, erwerben, auch alle erlaubten Gewerbe mit Beobachtung der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften treiben."* Das war für das damalige Europa eine Gesetzgebung, die nicht nur fortschrittlich war, sondern die in Sachen Menschenrechte, und der Begriff war 1812 noch nicht einmal erfunden, weit vorwärts zeigte.

Umso unverständlicher erscheint den heutigen Preußen die Präambel des Preußenverbotes der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges von 1947. Sie besagt, daß Preußen der Hort des Militarismus und der kriegerischen Auseinandersetzungen gewesen sei. Das ist falsch. Denn: "Preußen, das von allen modernen Staaten mit die wenigsten Kriege geführt hat, für die zentrale Brutstätte des Militarismus zu halten, ist eine geschichtsferne Legende. An allen zwischen 1701 und 1933 geführten Kriegen ist Frankreich mit 28 Prozent, England mit 23 Prozent, Rußland mit 21 Prozent und PreußenDeutschland mit acht Prozent beteiligt gewesen. Kein preußischer König kann auch nur von fern mit Ludwig XIV. oder Napoleon I. verglichen werden, manche wie Friedrich Wilhelm IV. waren eher zu skrupelhaft. Nicht zufällig höhnte z. B. die Londoner Times von 1860 und gab damit die "öffentliche Meinung" des damaligen Europa über Preußen wieder, daß dieses Land sich lieber auf Konferenzen vertreten lasse, als daß es sich danach dränge, auf den Schlachtfeldern Europas zu erscheinen. Dessen ungeachtet bedurfte aber gerade dieses Land, ohne natürliche Grenzen im Herzen Europas, eines starken Heeres, aber auf den preußischen Kanonen stand die Inschrift ,ultima ratio regis', was heißen sollte: Der Waffengang ist der letzte Ausweg." So schrieb es Hans Joachim Schoeps im September 1966. Warum Preußen nach dem Zweiten Weltkrieg so verteufelt und schließlich von den Siegermächten sogar verboten wurde, darüber ist in Deutschland nur wenig diskutiert worden. Daß es das siegreiche Ausland nicht wollte, ist klar, denn das Besinnen auf die preußischen Tugenden, die von heutigen Politikern als Sekundärtugenden, die auch zur Leitung eines Konzentrationslagers ausreichten, bezeichnet werden (so Oskar Lafontaine), könnte Erinnerungen an die Jahre nach 1812 wecken. Und wer ist heute in Deutschland daran noch interessiert? Vor 190 Jahren wurden in Berlin Weichen gestellt, die zur Moderne im Staat führten. Aber das ist vergessen.

Helmut Kamphausen, 1924 in Neuruppin geboren, war langjähriger FernsehRedakteur und Filmemacher und ist jetzt als Publizist tätig. Mitglied der SWG.